



**Vom Magistrat:**

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin	
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin	(ab 18:06 Uhr)

**Von der Verwaltung:**

Frau Ines Müller	Leiterin Geschäftsstelle Seniorenbeirat u. Behindertenbeirat	(bis 18:30 Uhr)
Frau Friederike Stibane	Leiterin Büro für Frauen- und Gleichberechtigungs- fragen	(bis 18:25 Uhr)

**Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:**

Frau Andrea Allamode	Schriftführerin
----------------------	-----------------

**Entschuldigt:**

Herr Jürgen Becker	CDU-Fraktion
Herr Gerhard Greilich	Fraktion B'90/Die Grünen
Frau Ewa Wenig	Fraktion B'90/Die Grünen
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Herrn Mostafa Farman	Vorsitzender des Ausländerbeirates

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Er teilt mit, dass die Anträge „*Ausstehende Berichterstattung ‚Anteil der Kitabetreuung‘ und ‚Situation in der Ausländerbehörde‘*“ (TOP 7) und „*Ausstattung der Universitätsstadt Gießen mit automatischen externen Defibrillatoren (AED)*“ (TOP 8) vom Antragsteller, Herrn Dr. Greilich, in der Beratung zurückgestellt wurden, da er an der Sitzung nicht teilnehme.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen, somit stellt **Vorsitzender** fest, dass die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen ist.

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung:**

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Aktionsplan Chancengleichheit für die Stadt Gießen  
- Antrag des Magistrats vom 29.06.2015 - STV/2757/2015

- |     |  |               |
|-----|--|---------------|
| 3.  | 12. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von städtischen Kindertagesstätten vom 15.06.2000: 1. Änderung § 1 Abs. 1a<br>- Antrag des Magistrats vom 12.10.2015 - | STV/2951/2015 |
| 4.  | Änderung der Satzung über den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen<br>- Antrag des Magistrats vom 16.10.2015 -  | STV/2960/2015 |
| 5.  | Stromabstellung<br>- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 17.10.2015 -  | STV/2963/2015 |
| 6.  | Geplante Kita der evangelischen Allianz<br>- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 17.10.2015 -  | STV/2964/2015 |
| 7.  | Ausstehende Berichterstattung "Anteil der Kitabetreuung" und "Situation in der Ausländerbehörde"<br>- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2015 -                                 | STV/2979/2015 |
| 8.  | Ausstattung der Universitätsstadt Gießen mit automatischen externen Defibrillatoren (AED)<br>- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2015 -  | STV/2982/2015 |
| 9.  | Einsatz des Ordnungsamtes<br>- Antrag der CDU-Fraktion vom 27.10.2015 -  | STV/2997/2015 |
| 10. | Verschiedenes  |               |

### **Abwicklung der Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung:**

##### **1. Bürger/-innenfragestunde**

---

Es liegen keine Fragen vor.

##### **2. Aktionsplan Chancengleichheit für die Stadt Gießen STV/2757/2015 - Antrag des Magistrats vom 29.06.2015 -**

---

#### **Antrag:**

„Der ‚Aktionsplan Chancengleichheit‘ wird beschlossen.“

**Frau Stibane**, Büro für Frauen- und Gleichberechtigungsfragen, erläutert kurz

den Aktionsplan. Unter anderem führt sie aus, dass das Papier die Konsequenz aus dem Beitritt der Stadt zur Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene sei. Diesen Beitritt hatte die Stadtverordnetenversammlung 2013 beschlossen.

**Stv. Schlicksupp**, CDU-Fraktion, hinterfragt die mehrfache Verwendung des Begriffs „Gender“ in dem Aktionsplan und fragt nach einer Erklärung, was damit gemeint sei.

**Frau Stibane** entgegnet, „Gender“ bezeichne das „soziale Geschlecht“ einer Person. Es gehe um Menschen, die irgendwo „zwischen“ Mann und Frau lebten. Mittlerweile seien um die 60 soziale Geschlechter definiert, erläutert sie.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR; StE: CDU, FW).

3. **12. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von städtischen Kindertagesstätten vom 15.06.2000: 1. Änderung § 1 Abs. 1a - Antrag des Magistrats vom 12.10.2015 -** **STV/2951/2015**
- 

**Antrag:**

„Den in der Anlage beigefügten Änderungen der städtischen Kindertagesstättensatzung wird zugestimmt.“

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

4. **Änderung der Satzung über den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen - Antrag des Magistrats vom 16.10.2015 -** **STV/2960/2015**
- 

**Antrag:**

„Die in der Anlage befindliche ‚Erste Satzung zur Änderung der Satzung über den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen‘ wird beschlossen.“

An der kurzen Diskussion beteiligen sich die Stv. Kolkhorst und Schlicksupp.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

5. **Stromabstellung - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 17.10.2015 -** **STV/2963/2015**
-

**Antrag:**

„Der Magistrat wird gebeten, über die SWG dafür zu sorgen, dass zumindest in den Wintermonaten der Strom für säumige Zahler nicht abgestellt wird.“

**Begründung:**

344.789 Haushaltskunden wurde im Jahr 2013 der Strom abgeklemmt. Das waren 23.000 Sperrungen mehr als 2012 und 33.000 mehr als 2011 (Mieter Zeitung 1/2015)

Es ist nicht zumutbar, dass Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen verarmt sind, in unserem reichen Land frieren müssen, während die Wohlhabenden sich im Süden in die Sonne legen können.,

Energiesperren im Winter sind eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben der Betroffenen und daher mit den Sozialstaatsprinzipien unvereinbar (MZ 1/2015).

Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion, trägt den Antrag und die Begründung vor.

**Stv. Grothe**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, regt an, dass zur nächsten Sitzung ein Vertreter der Stadtwerke das Verfahren, wie es zu Stromabschaltungen kommen kann, erläutern solle.

**Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz** begrüßt diese Anregung; ebenso die restlichen Mitglieder des Ausschusses.

**Vorsitzender** stellt somit fest, dass für die nächste Sitzung ein entsprechender Tagesordnungspunkt vorgesehen werde.

**Stv. Beltz** zieht seinen Antrag, STV/2963/2015, zurück.

**Beratungsergebnis:** Zurückgezogen.

**6. Geplante Kita der evangelischen Allianz  
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 17.10.2015 -**

**STV/2964/2015**

**Antrag:**

„Der Magistrat wird aufgefordert, für die geplante Kindertagesstätte des Christlichen Schulvereins (Evangelische Allianz) keine finanziellen Mittel bereit zu stellen und somit der Planung der Evangelikalen eine Absage zu erteilen.“

**Begründung:**

Der Versuche der Indoktrination wird deutlich, aufgrund des dogmatischen Glaubensbekenntnisses, in dem es unter anderem heißt: „Wir bekennen uns zur göttlichen Inspiration der Heiligen Schrift, ihrer völligen Zuverlässigkeit und höchsten Autorität in allen Fragen des Glaubens und der Lebensführung.“

Damit werden die Werte des Grundgesetzes ihrer Bibelauslegung untergeordnet und inhumane Verhaltensregeln als unumstößlich propagiert.

Ergänzt wird diese Weltanschauung durch die Diffamierung homosexueller Menschen, die als Sünder und krank beschrieben werden, durch die Verurteilung jedes Schwangerschaftsabbruchs als Verbrechen und durch die Reduzierung der Sexualität allein auf die Ehe.

**Stv. Beltz**, Die Linke.Fraktion, trägt den Antrag und die Begründung vor.

**Stv. Grothe**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht von „undifferenzierten Vorwürfen“ und betont in seiner Funktion als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, dass der Antrag des Christlichen Schulvereins vom Jugendamt geprüft und als genehmigungsfähig bewertet wurde. Nicht nur rechtlich, sondern auch inhaltlich sei das Konzept nicht zu beanstanden. Daher habe der Jugendhilfeausschuss dem Antrag des künftigen Trägervereins zugestimmt. Im Übrigen sei der Christliche Schulverein auch Träger der August-Hermann-Francke-Schule, die seit Jahrzehnten „ihren Platz“ in der vielfältigen Gießener Schullandschaft habe.

**Stv. Bietz**, SPD-Fraktion, verweist auf die Vielfalt der Angebote auch bei den Kindergärten. Sie macht darauf aufmerksam, dass die freien Träger wertvolle Arbeit leisten, auf die die Stadt Gießen angewiesen sei. „Wenn Eltern ihre Kinder lieber in eine Kita mit kirchlicher Trägerschaft geben wollten“, müsse diesen Wünschen auch mit entsprechenden Angeboten Rechnung getragen werden. „Es gibt nicht wenige muslimische Eltern, die melden ihre Kinder lieber in einer katholischen als in einer städtischen Kita an“, führt Stv. Bietz aus.

**Stv. Schlicksupp**, CDU-Fraktion stimmt den Ausführungen der Stv. Grothe und Bietz zu. Er merkt an, der Antrag der Die Linke.Fraktion sei rechtlich falsch und ideologisch motiviert.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig abgelehnt.

**7. Ausstehende Berichterstattung "Anteil der Kitabetreuung" STV/2979/2015  
und "Situation in der Ausländerbehörde"  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2015 -**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat wird gebeten die Antwort auf folgende Anträge bis zur nächsten Sitzungsrunde vorzulegen:

1. Bericht zum Anteil der Kitabetreuung (STV/2756/2015)
2. Bericht zur Situation in der Ausländerbehörde (STV/2870/2015).“

**Begründung:**

Bis zum heutigen Tage liegen leider keine Berichte des Magistrates zu den beiden o. a. Anträgen vor, so dass die Aussprache zu den Anträgen voraussichtlich nicht fristgerecht in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses erfolgen kann.

Damit dies wenigstens in der letzten Sitzung des Sozialausschusses in diesem Jahr nachgeholt werden kann, bitten die Freien Demokraten um Zustimmung zu diesem Antrag.

**Beratungsergebnis:** Zurückgestellt.

**8. Ausstattung der Universitätsstadt Gießen mit  
automatischen externen Defibrillatoren (AED )  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2015 -**

**STV/2982/2015**

**Antrag:**

„Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, wie viele automatische externe Defibrillatoren (AED ) seit 2011 in welchen städtischen Gebäuden und Fahrzeugen z.B. der Feuerwehren und auf Initiative des Magistrates in publikumsintensiven privaten Einrichtungen wie z.B. Einkaufszentren, SWG, Deutsche Bahn, Banken und Sparkassen, Technische Hochschule Mittelhessen und Universität, Arztpraxen, Krankenhäusern und Kliniken angeschafft wurden.
2. Dafür Sorge zu tragen, dass sukzessive in allen städtischen Gebäuden und vorrangig zunächst in den Sporthallen aufgestellt werden.“

**Begründung:**

Der plötzliche Herztod ist die häufigste außerklinische Todesursache in Deutschland und in einer Stadt mit der Einwohnerzahl Gießens muss nach zuverlässigen Hochrechnungen an fast jedem dritten Tag mit einem solchen Ereignis gerechnet werden. In den meisten Fällen liegt dem ein Kammerflimmern zugrunde, dessen einzig wirksame Behandlung die sofortige externe Defibrillation darstellt.

Moderne AED können von eingewiesenen Laienhelfern sicher bedient werden und erhöhen die Überlebenschancen der betroffenen Patienten deutlich. Diese kann dadurch noch gesteigert werden, dass bei Benutzung der AED die Rettungsleitstelle automatisch informiert wird.

Die Installation solcher Geräte an möglichst vielen und besonders prädestinierten Stellen des öffentlichen Lebens in der Universitätsstadt Gießen ist daher allein durch ihre Existenz eine unabweisbare Notwendigkeit.

Auf die Möglichkeit der Ko - Finanzierung durch Sponsoren wie z.B. verschiedene Stiftungen sei hingewiesen.

**Beratungsergebnis:** Zurückgestellt.

**9. Einsatz des Ordnungsamtes  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 27.10.2015 -**

**STV/2997/2015**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes überwiegend im Seltersweg und der Fußgängerzone zur Abwehr von Gefahren bei Verdacht einer Straftat einzusetzen, und zwar auch und insbesondere am Freitagnachmittag sowie Samstagvormittag.“

**Stv. Sator**, CDU-Fraktion, begründet kurz ihren Antrag. Unter anderem führt sie aus, dass die Mitarbeiter/-innen „mehr Präsenz“ in der Stadt zeigen sollen. Damit können sie zur Steigerung des „subjektiven Sicherheitsgefühls“ der Passanten beitragen.

**Stv. Grothe**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, weist darauf hin, dass die Strafverfolgung und Verbrechensbekämpfung Sache der Polizei sei; die kommunale Ordnungspolizei dürfe in diesen Fällen gar nicht tätig werden.

Die CDU-Vertreter widersprechen und verweisen auf eine Öffnungsklausel im Hessischen Ordnungs- und Sicherheitsgesetz (HSOG), wonach die „Ordnungspolizei“ auch ermächtigt werden könne, an der Strafverfolgung mitzuwirken.

Darauf hin regt **Stv. Grothe** an, dass die Aufgaben und Befugnisse der „Hipos“ explizit im HFWRE-Ausschuss in einem Bericht dargestellt werden sollen.

**Stv. Sator**, CDU-Fraktion, aber auch die restlichen Mitglieder des Ausschusses, befürworten den Vorschlag.

**Beratungsergebnis:** Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: CDU; StE: FW).

**10. Verschiedenes**

---

**Vorsitzender** teilt mit, dass die nächste Sitzung am Mittwoch, 02.12.2015, 18:00 Uhr, stattfindet.



Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

**DER VORSITZENDE:**

(gez.) K r i e g e r

**DIE STELV. SCHRIFTFÜHRERIN:**

(gez.) A l l a m o d e